

Piratenjagd mit neuen Fregatten - bedenkenlose Zustimmung der Augsburger Abgeordneten zur Marinemission „Atalanta“

Rüstungsauftrag für Renk, zweifelhafte Entscheidung im Haushaltsausschuss des Bundestages, unkalkulierbare politische Folgen

Die Firma Renk verzeichnet einen Großauftrag der Bundesmarine, was in bestimmten Kreisen auch in Augsburg mit Hochstimmung aufgenommen wird. Renk soll die Getriebe für einen neuartigen Typ Fregatten bauen. Vier Kriegsschiffe der geplanten Klasse F 125 sollen einen Spezialantrieb erhalten, der ausdrücklich auch zur Piratenbekämpfung dienen soll. Frivolerweise vermeldete die Augsburger Allgemeine diesen Auftrag für Renk zwei Tage vor der Sitzung des Bundestages am 19. Dezember, auf der die Piratenjagd im Rahmen der EU-Mission „Atalanta“ offiziell beschlossen wurde. Die Augsburger Allgemeine schreibt hierzu:

Die vier Schiffe sollen den veränderten Einsatzbedingungen bei der Friedenssicherung und Gefahrenabwehr, beispielsweise durch Terrorismus oder Piraterie gerecht werden. Eine Herausforderung für die schwäbische Firma ist, dass die neuen Schiffe intensive Belastungen aushalten müssen. Auf der Website der Deutschen Marine heißt es zur Fregatte der Klasse 125: „Aus der Forderung nach einer lang andauernden Verfügbarkeit im Einsatzgebiet folgt auch eine grundlegend andere technische, logistische und betriebswirtschaftliche Auslegung der Schiffe.

Gefordert ist hier eine bis zu zweijährige Stehzeit des Schiffes im Einsatzgebiet ohne planmäßige Werftinstandsetzung oder Rückkehr zum Heimathafen“. Daher muss das gelieferte Getriebe zuverlässig funktionieren und soll mit möglichst wenig Aufwand gewartet werden können. Renk will deshalb einen Antrieb bauen, der aus einer Gasturbine (20000 kW Leistung) und zwei Elektromotoren (je 4500 kW) besteht, die im Bedarfsfall kombiniert werden können. Der gesamte Getriebesatz wiegt 145 Tonnen und soll bis 2014 an die Werften ausgeliefert werden.¹

Laut Beschluss des Bundestages² soll die Piratenjagd bis 15. Dezember 2009 laufen. Die Getriebesätze von Renk werden aber erst bis 2014 an die Werften ausgeliefert. Die Piratenjagd soll also in sechs oder sieben Jahren wohl erst so richtig los gehen. Beschlossen wurde die Auf- und Umrüstung der Marine bei ganz anderer Gelegenheit und lang bevor das Piratenproblem virulent wurde bzw. von den Medien gejagt wurde.

Wohl schon im August 2006 wurde medial bekannt, dass der Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung für sechs Milliarden Euro neue Rüstungsgüter beschafft, darunter nach Informationen der *Welt* vier Fregatten vom Typ 125 für 2,2 Milliarden Euro sowie zwei U-Boote vom Typ 212 für 864 Millionen Euro.³ Knapp ein Jahr später, am 21. Juni 2007 hat der Haushaltsausschuss des Bundestages die Beschaffung von vier neuen Fregatten gebilligt, die am 15. November 2007 in einer nächtlichen Schlussberatung des Haushaltsausschusses in den Etat für 2008 aufgenommen wurden. Ende November 2007 wurde der Etat 2008 mit einer Neuverschuldung von 11,9 Mrd. Euro im Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition verabschiedet.

D.h. bereits damals hat z.B. auch ein Heinz Paula, SPD-Bundestagsabgeordneter aus Augsburg, im Grunde mit dem Fregattenauftrag die Piratenjagd beschlossen, als die Öffentlichkeit noch gar nicht über Piratenjagd redete. Tatsächlich enthüllte Paulas Kollege Johannes Kahrs (SPD) im Bundestag bei der Etatdebatte im November 2007 in einer Replik auf einen Beitrag der Linken: „Die Anschaffung der neuen Korvetten, von denen Sie reden, ist nicht in dieser und nicht in der letzten, sondern in der vorletzten Legislaturperiode besprochen und beschlossen worden.“ Das wäre dann also während des 14. Bundestages gewesen, zwischen 1998 und 2002.

¹ AZ 17.12.2008

² Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias... [Deutscher Bundestag Drucksache 16/11337](http://www.bundestag.de/Drucksache_16_11337) <http://dip21.bbundestag.de/dip21/btd/16/113/1611337.pdf>

³ Hamburger Abendblatt 26. August 2006 <http://www.abendblatt.de/daten/2006/08/26/602949.html>

Solche Dinge geschehen leise und geräuschlos im Bundestag, obwohl sie seit vielen Jahren in Militärkreisen diskutiert und vorbereitet werden und – wie wir gesehen haben, auch in der politischen Planung und den Gremien des Bundestages von langer Hand vorbereitet werden, anscheinend so verdeckt, dass die Fraktion der Linken es gar nicht mitkriegt.

In besagter Plenardebatte am 28. November 2007 beim Tagesordnungspunkt Militärhaushalt wurde Inge Höger von der Linken schon deutlich. Da solche Aussagen in der Regel weder von den Medien noch den Parlamentariern der anderen Fraktionen gewürdigt werden, hier einige Aussagen von Inge Höger, die mit unserem Thema in Zusammenhang stehen:

Inge Höger (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus Sicht der Fraktion Die Linke weist dieser Verteidigungshaushalt nicht in die richtige, sondern in die völlig falsche Richtung. Aus unserer Sicht ist es kein Verteidigungs-, sondern ein Rüstungshaushalt. Er führt keinen einzigen Schritt in Richtung einer friedlicheren Welt. Im Gegenteil, die Militarisierung der Außenpolitik, die hier finanziert werden soll, führt unser Land auf einen globalen Kollisionskurs. [...]

Drittens. Bei den Aufrüstungsprojekten geht es um die Vorbereitungen für globale Kriegs- und Besatzungspolitik. So wird etwa die Marine durch neue Korvetten und Fregatten für viel Geld auf aggressive Einsätze vorbereitet. Auch der Eurofighter, ein Projekt aus Zeiten der



Die alten Herren vom Stand des Marinevereins beim diesjährigen Frühlingsfest des Ausländerbeirats spiegeln sich im verglasten Bild der Fregatte Augsburg, die auch schon im Rahmen der Operation Enduring Freedom am Horn von Afrika im Einsatz war. Wobei der Marineverein mit seiner Fregattenwerbung auf dem Frühlingsfest des Ausländerbeirats ebensowenig zu suchen hat, wie die Fregatte Augsburg (oder z.Z. Karlsruhe) am Horn von Afrika.

Blockkonfrontation, ist reine Geldverschwendung. Nun wird auch noch in seine Umrüstung investiert. Bei der Mehrrollenfähigkeit geht es um die Befähigung zu Flächenbombardements – mit Friedenspolitik hat dies definitiv nichts zu tun.

Viertens. Für Auslandseinsätze sind im Haushalt 600 Millionen Euro eingeplant. Dieser Ansatz kann, wie wir in den letzten Jahren gesehen haben, schnell auf 1 Milliarde Euro steigen. Die Linke lehnt diese Art der militärischen Weltordnungspolitik grundsätzlich ab. [...]

Achtens. Früher oder später folgt aus der Rüstungsproduktion für die eigene Armee auch der Rüstungsexport, um diesen Wahnsinn rentabel zu gestalten. Das jüngste Beispiel dafür ist der Hightechpanzer Puma, durch den der Haushalt in den nächsten Jahren mit mindestens 3,4 Milliarden Euro belastet wird. Die Rüstungsindustrie träumt bereits davon, ihn zu einem Exportschlager zu machen, wie früher den Leopard. Die Linke fordert einen sofortigen und vollständigen Stopp der Rüstungsexporte. [...]

Um die globale Kriegsgefahr einzudämmen, brauchen wir ernsthafte Bemühungen um eine gerechte Verteilung der Ressourcen der Welt. Die Bundesregierung beteiligt sich stattdessen am militärischen Wettlauf um die knapper werdenden fossilen Energieträger. Durch die Unterstützung der US-Kriegspolitik, durch Drohungen gegen den Iran und durch eigene militärische Beiträge in geostrategisch sensiblen Regionen trägt die Bundesregierung zur Ausbreitung der Unsicherheit auf dieser Welt bei. Kein Land wird durch die Fähigkeit, andere zu bedrohen, sicherer.

(Ulrike Merten [SPD]: Frechheit!)

Wir brauchen endlich eine weltweite entschiedene Abrüstungsinitiative. Wir können und müssen hier beginnen, in Deutschland, in der Europäischen Union und in der NATO. Die Linke fordert die Bundesregierung dazu auf, mit eigenen deutlichen Abrüstungsschritten ein glaubwürdiges Beispiel dafür zu geben.

Vielen Dank.⁴

Beim Beschluss des zur Zeit geltenden Bundeshaushalts, der auch den Einzelplan 14 (Bundesverteidigungsministerium) enthält, stimmten im November 2007 CDU/CSU und SPD dafür, neben der Linken stimmten auch FDP und Grüne dagegen. Also unsere örtlichen Abgeordneten Christian Ruck (CSU) und Heinz Paula (SPD) stimmten höchstwahrscheinlich dafür.⁵ Bei FDP und Grünen richtete sich die Ablehnung nicht gegen den Militärhaushalt als solchen. Sondern sie forderten einen noch effizienteren Einsatz der Mittel, vor allem die Auslandseinsätze der Bundeswehr liegen ihnen am Herzen. Diese wollen sie effektivieren.⁶ Die Herrschaften bei FDP und Grünen sind also in Militärfragen noch schneidiger als die Große Koalition.

⁴ Deutscher Bundestag 28. November 2007, Plenarprotokoll <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16129.pdf>

⁵ zumindest finden sie sich nicht in der Liste der entschuldigten Abgeordneten

⁶ So zum Beispiel die FDP in der abschließenden Debatte über den Einzelplan 14 (Verteidigungsministerium) des Etats 2008 im Bundestag am 28.11.2007:

„Elke Hoff (FDP): [...] Obwohl die Auslandseinsätze der Bundeswehr inzwischen deren wichtigste Aufgabe darstellen und sie die Hauptlast der außenpolitischen Entscheidungen zu tragen hat, wird den Soldatinnen und Soldaten im Einsatz wieder nicht die Ausrüstung zur Verfügung gestellt, die sie dringend benötigen. Damit ist dieser Verteidigungshaushalt erneut ein Armutszeugnis für diese Bundesregierung.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Kurt J. Rossmannith [CDU/ CSU]: Völlig falsch!)“

Der Beifall der Grünen zu dieser Rede der FDP sagt eigentlich schon alles. Aber die Grünen, in Gestalt von Alexander Bonde, wollten schon noch eins draufsetzen. Sprach die FDP vom Militärhaushalt als einem „Armutszeugnis“, was die Ausstattung der Auslandseinsätze angeht, so bezeichneten die Grünen den Verteidigungshaushalt als in Zahlen gegossenen „Stillstand“ und als „Schnarchnase unter den Einzelplänen des Bundeshaushalts“:

„Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): [...] Ich habe damals gesagt, dass Ihr Einzelplan in Zahlen gegossener Stillstand ist. Auch im Laufe der Haushaltsberatungen hat sich an diesem Urteil nichts geändert.

Die ausgewiesenen Militärausgaben belaufen sich lt. Etat (EP 14) im Jahre 2008 auf 15,7 Mrd. € Personalausgaben, 3,2 Mrd. sächliche Verwaltungsausgaben und 9,5 Mrd. militärische Beschaffungen, Anlagen usw. Man könnte also sagen, dass allein der Etat für militärische Beschaffungen, der als einen der größten Posten auch den Fregattenauftrag enthält, fast die gesamte Neuverschuldung des Bundeshaushalts ausmacht. Hinzu kommen noch Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre, die beim Einzelplan 14 (Bundesverteidigungsministerium) fast 8 Mrd. € ausmachen.

Es kommt hinzu, dass das Fregattenprojekt seinerzeit nicht nur auf Kritik der Friedensbewegung und der Linken stieß, sondern auch auf massive Kritik des Bundesrechnungshofes. Der Rechnungshof kritisierte den Fregattenauftrag an das Konsortium Thyssen Krupp und Friedrich Lürssen Werft in den Vertragsbedingungen als zu „industriefreundlich“ warnte den Haushaltsausschuss des Bundestages, dem Vertrag zuzustimmen. Im Bericht des BRH heißt es: „Der Vertragsentwurf enthält verdeckte Vorauszahlungen, da vor der Ablieferung des ersten Schiffes bereits 1.835.8 Mio. Euro, d. h. 81 Prozent des Gesamtpreises zu zahlen sind“. Die Gesamtbelastung für den Bundeshaushalt sei „nicht transparent“. „Der Bundesrechnungshof vermag nicht nachzuvollziehen, warum der Vertrag bereits zum jetzigen Zeitpunkt geschlossen werden muss, obwohl der Zulauf des ersten Schiffes erst im Jahr 2014 vorgesehen ist“.⁷ Die Mehrheit der Abgeordneten im Haushaltsausschuss setzten sich letztlich über die Warnungen des Bundesrechnungshofes hinweg und im Bundestag bei der Beschlussfassung

Man kann den Einzelplan mit den Worten zusammenfassen: Ein weiteres verschenktes Jahr, weiteres verschenktes Geld. – Wenn Sie mir den flapsigen Ausdruck erlauben: Der Verteidigungshaushalt ist die Schnarchnase unter den Einzelplänen des Bundeshaushalts. [...] Bei den notwendigen **Strukturreformen** arbeiten Sie noch an vielen Baustellen, die Ihr Vorgänger eröffnet hat. Es ist aber nicht erkennbar, dass Sie den Umbau der Streitkräfte entscheidend beschleunigen.

Überall dort, wo Strukturreformen notwendig wären, ist Fehlanzeige oder pflichtschuldiges weiteres Vorantreiben – allerdings mit ausbremsenden Tendenzen – dessen, was Sie vom Vorgänger übernommen haben, zu verzeichnen.

Die Auslandseinsätze sind nicht die Priorität Ihres Handelns. [...] Gehen wir die Projekte also durch! Unterstützungshubschrauber NH-90: massive Verzögerungen, technische Schwierigkeiten. Transportflieger A400M: Kein Mensch weiß, wann er kommt und ob er jemals fliegt. [...] Beim Mungo haben Sie es nicht geschafft, der Truppe zu erklären, für was er eingesetzt werden soll. Das Ergebnis sehen wir jetzt mit dem Abzug aus Afghanistan. Was die Logistik in der Bundeswehr betrifft, so lesen wir allenthalben, wie lange es dauert, eine Schraube von Bonn nach Kabul zu transportieren. [...] Wenn ich mir die Fregatten angucke, die Sie zu exorbitanten Preisen gerade beschafft haben, und wenn ich mir andere Strukturprojekte angucke, dann habe ich den Eindruck, dass am Ende immer ein möglichst hoher Scheck steht, den der Minister ausstellt.“

Deutscher Bundestag 28. November 2007, Plenarprotokoll <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16129.pdf>

⁷ ngo-online berichtete vergangenes Jahr zu dem Fall:

„Zu industriefreundlich“ - Rechnungshof kritisiert geplante Anschaffung neuer Kriegsschiffe

19. Juni 2007

[ngo/ddp] Die Marine „jubelt“ über die geplante Anschaffung von vier neuen Fregatten vom Typ „F 125“. Der Bundesrechnungshof (BRH), der in finanziellen Angelegenheiten der Regierung auf die Finger schaut, hat dagegen schweres Geschütz gegen die milliardenteure Beschaffung aufgeföhren. Er kritisiert die Bundeswehr, mit einer „schlampigen Vertragsvorlage“ am 21. Juni in die entscheidende Beratung des Haushaltsausschusses des Bundestages zu gehen. Die Fregatten sollen die Steuerzahler 2,3 Milliarden Euro kosten. Sie sollen einmal die „F 122er“ ablösen und vor allem im Rahmen der neuen weltweiten Aufgaben der Deutschen Marine eingesetzt werden.

Unmissverständlich warnt der Rechnungshof die Bundesregierung und die Mitglieder des Haushaltsausschusses davor, dem Milliardenprojekt zuzustimmen. In dem Report heißt es: „Der Bundesrechnungshof vermag nicht nachzuvollziehen, warum der Vertrag bereits zum jetzigen Zeitpunkt geschlossen werden muss, obwohl der Zulauf des ersten Schiffes erst im Jahr 2014 vorgesehen ist“.

Das Verteidigungsministerium habe selbst bestätigt, „dass es mit dem vorliegenden Vertragsentwurf nicht den Grundsätzen zur Anwendung von Preisvorgaben bei öffentlichen Aufträgen geföhrt ist“.

„Industriefreundliche“ Vertragsbedingungen zugunsten von Thyssen Krupp

Marine

Fregatte Klasse 125

Innovative Konzeption

Die Fregatte der Klasse 125 (F125) befindet sich noch in der Analyse. Die F125 ist keine Weiterentwicklung/Nachfolge ihrer Vorgänger (F122, F123, F124). Vielmehr soll sie ein Schiff werden, das den veränderten Einsatzbedingungen von Gegenwart und Zukunft Rechnung trägt. Damit folgt die Deutsche Marine konsequent den vielfältigen Erfordernissen an ein Schiff in ihrer stabilisierenden Einsatzrolle und im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Das Schiff soll zudem zur Verbesserung der streitkräftigen gemeinsamen (Joint) Wirksamkeit im Einsatz beitragen. Die



im Einsatz ein besonderes Gewicht verleihen, zählen u.a.:

- Fähigkeit zur Feuerunterstützung bei Joint-Einsätzen.
- Zur Zeit finden Untersuchungen statt, inwieweit sich Rohwaffen großen Kalibers wie z. B. die Panzerhaubitze mit Kaliber 155 mm auch zur taktischen

Nach systematischer Auswertung der geforderten Fähigkeiten hat die ARGE F125 (ThyssenKrupp Marine Systems/ TRUMC und Fr. Lürssen Werft/FUW) einen neuen Schiffstyp entwickelt, die Fregatte F125. Das 6 000 Seiten umfassende Bauangebot der ARGE F125 befindet sich zur Prüfung beim Bundesamt für Wehrttechnik und Beschaffung (BWB) und im Führungstab der Marine. Die Inhalte liegen noch nicht endgültig fest. Die Auswahl der Zulieferer ist noch nicht erfolgt. Daher haben die Entwurfsmerkmale für die F125 nur einen vorläufigen Charakter, doch gewähren sie einen ersten Überblick in die Tendenzen der Entwicklung.

Entwurfsmerkmale
Die F125 basiert auf einem Monohull-Entwurf mit einem widerstandsreduzierenden Bugwulst. Die hochgezogene Back und die infolge der durchgezogenen C-Deckschöpfung der Stahlstruktur schaffen die Voraussetzungen für langjährige weite Einsatzzeiten auch in rauen Seegebieten. Einsatzwichtige Systeme sind konsequent nach dem Zwei-Insel-Prinzip angeordnet, um die Standzeit zu erhöhen. Dazu gehören u.a. die elektrische Energieerzeugung, Frischwassererzeuger und Druckluftsysteme. Führungsräume für die Schiffs-technik (Schiffs-technischer Leitstand) und das Einsatzsystem (Operatorenzentrale, Funkraum) sind räumlich getrennt und redundant ausgeführt. Dies gilt auch für die Effektoren und Sensoren. So sind z. B. die Flächen des Phased Array Ra-

Ein Entwurf der ARGE F 125

F125 wird daher ein innovativer Fregattentyp sein, der sich in seiner Bewaffnung (Effektoren) und seinen Sensoren, in der betrieblichen Organisation, in der technologischen Auslegung bis hin zur Intensivnutzung und Besatzungsgröße von seinen Vorgängern unterscheidet. Zu den Fähigkeiten der F125, die der streitkräftigen gemeinsamen Wirksamkeit

Feuerunterstützung von See an Bord von Fregatten integrieren lassen.

- Fähigkeit zur Einsatzunterstützung von Spezial- und spezialisierten Kräften,
- Fähigkeit zur Überwachung von See- und Lufträumen,
- Fähigkeit zur Durchführung von Embargomaßnahmen und Evaluierungsoperationen.

Strategie und Technik / November 2005 61

des Militäretats spielten die Auffassungen des BRH in dem Zusammenhang keine Rolle mehr.

Wieso die Abgeordneten des Bundestages sich über die Bedenken des Rechnungshofes hinwegsetzten, bleibt uns rätselhaft. Dabei steht doch jetzt schon fest, dass es nicht bei den genannten 2,2 Mrd. € bleiben wird. Durch die „verdeckten Vorauszahlungen“ dürfte auch die Renk AG frühzeitig profitieren. Dass die Augsburgische Renk AG und ihr Management nicht zimperlich ist, um an lukrative Rüstungsaufträge heranzukommen, zeigt ein Verfahren gegen den früheren Vorstandssprecher Martin Hirt und einen weiteren Vorstandsmanager. Sie erhielten 18 Monate Haft auf Bewährung und 100 000 € Geldstrafe von einem französischen Berufungsgericht, weil sie einen Europaabgeordneten mit 2,6 Mio. € geschmiert haben sollen, um an einen 100 Mio. € schweren Rüstungsauftrag über Getriebe für 436 Leclerc-Panzer zu kommen.⁸ Auf Anfrage der Augsburgischen Allgemeinen kündigte das Unternehmen an, auf jeden Fall Rechtsmittel einzulegen⁹, über die Medien erfuhren wir

Die Fregatten sollen von den deutschen Firmen Thyssen Krupp und Friedrich Lürssen Werft gebaut werden. Aus Rechnungshof-Kreisen hieß es, die Bundeswehr habe die Beschaffung „zu industriefreundlich angelegt“. In diese Richtung weist die Passage auf Seite 19 des BRH-Berichts: „Der Vertragsentwurf enthält verdeckte Vorauszahlungen, da vor der Ablieferung des ersten Schiffes bereits 1.835.8 Mio. Euro, d. h. 81 Prozent des Gesamtpreises zu zahlen sind“.

Der Rechnungshof verlangt von der Bundeswehr, einen genauen Zahlungsplan zu erstellen und „sämtliche Ausgaben bezogen auf ihre Fälligkeit und Haushaltsstelle als Grundlage für eine Entscheidung darzustellen“. Die Rechnungsprüfer halten der Bundeswehr „widersprüchliche Darlegungen“ vor. Das Einsatzsystem der „F125“ müsse „hinreichend präzise spezifiziert werden“. Die gesamte Belastung für den Bundeswehrhaushalt durch das Projekt „ist nicht transparent“, so der Bundesrechnungshof.

Die FDP-Verteidigungsexpertin Elke Hoff sagte, die Regierung habe bei der Beschaffung der Fregatten „wieder einmal schlecht verhandelt“. Dennoch kündigte sie an, der Beschaffung „mit Bauchschmerzen“ am 21. Juni zuzustimmen. „Deutschland muss auch in diesem Bereich seine industriellen Kernfähigkeiten erhalten“, so die FDP-Politikerin.

http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php?Nr=16167

⁸ Bewährungsstrafen für Renk-Manager in Korruptionsaffäre bestätigt Hauptangeklagter in Panzer-Skandal zu Gefängnis verurteilt

In einer Schmiergeldaffäre um ein deutsch-französisches Panzergeschäft hat die französische Justiz Bewährungsstrafen gegen zwei Manager der MAN-Tochter Renk bestätigt. Renk-Vorstandssprecher Martin Hirt und sein früherer Stellvertreter Norbert Schulze erhielten nach dem Urteil des Pariser Berufungsgerichts 18 Monate Haft auf Bewährung und Geldstrafen von 100.000 Euro. Der Hauptangeklagte, der frühere Europaabgeordnete Jean-Charles Marchiani, wurde in der Affäre zu drei Jahren Haft verurteilt [...] Marchiani soll 2,6 Millionen Euro Schmiergelder von Renk erhalten haben. Im Gegenzug hatte der Franzose nach Überzeugung der Richter der Augsburgischen Firma 1993 zu einem 100 Millionen Euro schweren Auftrag über Getriebe für 436 Leclerc-Panzer verholten. 1. März 2007 [http://www.1123recht.net/article.asp?](http://www.1123recht.net/article.asp?a=21338&ccheck=1)

[a=21338&ccheck=1](http://www.1123recht.net/article.asp?a=21338&ccheck=1)

⁹ AZ 2.3.2007

seitdem aber nichts mehr. Fett ausgestattet mit (Rüstungs-)Aufträgen, zählt Renk inzwischen zur wahrscheinlich lukrativsten Perle des MAN-Konzerns mit einer Umsatzrendite von 15% und mehr. (Zum Vergleich: das Institut der deutschen Wirtschaft ermittelte für das Jahr 2006 die höchsten Umsatzrenditen der deutschen Unternehmen seit zehn Jahren mit einem Schnitt von 3,6%). Mit Sicherheit werden die vielleicht modernsten Fregatten der Welt nach ihrer Indienstnahme auch zu einem Rüstungsexportschlager werden.¹⁰ Und auch da scheinen die Konzerne Thyssen und MAN, bzw. ihre Tochterunternehmen, sich mit allen Mitteln ihren Anteil zu sichern, wie ngo-online im Jahre 2006 berichtete:

Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf ermittelt wegen angeblicher Schmiergeldzahlungen deutscher Konzerne beim Export von Kriegsschiffen nach Südafrika. Nach Informationen des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ soll ein vom Thyssen-Konzern angeführtes Schiffsbau-Konsortium bei dem Verkauf von vier Fregatten an Südafrika illegal Schmiergelder in Höhe von rund 15 Millionen Euro gezahlt haben. Das Geld sei in der Bilanz unrechtmäßig als „nützliche Aufwendungen“ geltend gemacht worden. Ermittelt werde deshalb wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung und der Bestechung. Am 19. Juni seien Firmenräume bei Thyssen, den Schiffbauern Blohm + Voss in Hamburg und Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW) in Kiel sowie bei MAN Ferrostaal durchsucht worden, berichtete das Magazin.¹¹

Bedenkenlos - so möchten wir die Haltung der Abgeordneten bezeichnen, die dem Rüstungsauftrag zustimmten. Bedenkenlos - nicht nur hinsichtlich der finanziellen Folgen für den Bundeshaushalt und der hemmungslosen Bedienung der Rüstungsindustrie, sondern auch völlig bedenkenlos hinsichtlich der militärischen Anwendung und der politischen Folgen. Die Bremer Friedensorganisationen kritisierten das Fregattenprojekt scharf – trotz der „Arbeitsplätze“:

Andrea Kolling von der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung und Ekkehard Lentz vom Bremer Friedensforum kritisierten das Rüstungsprojekt. Es verstärke den gefährlichen Kurs der Bundesregierung, mit militärischen Mitteln die „außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands zu sichern“. Mit den Fregatten könnten nicht nur fremde Küstenabschnitte und Gewässer überwacht, sondern auch die Küsten aus 70 Kilometer mit Mehrfach-Raketenwerfern und den berüchtigten Clusterbomben beschossen und „als Killer ausgebildete Einzelkämpfer“ für Spezialkommandos in fremden Ländern abgesetzt werden.¹²

Der Fregattenauftrag und die EU-Mission Atalanta werden mit der angeblich notwendigen Piratenjagd begründet. Dass sich die Piraterie vielfach aus den Reaktionen der dortigen Fischer gegen die Überfischung durch Großkonzerne gerade auch der EU und der Verletzung der somalischen Hoheitsgewässer entwickelt hat – das bemerken die Medien nur gelegentlich am Rande.

Die andere Begründung der Marinemission(en) lautet: Sicherung einer Haupthandelsroute – nämlich des europäisch-asiatischen Hauptseehandelswegs, also eines beträchtlichen Teils des deutschen und europäischen Ex- und Imports. Gesprochen wird aber auch von Kontrolle des Seeverkehrs im Hinblick auf den sogenannten Waffen- und Drogenschmuggel.

Die Kontrolle des Drogenhandels und des Waffenhandels ist ein düsteres Kapitel. Offensichtlich ist das wirtschaftlich und strategisch so wichtig, dass man Kriegsschiffe einsetzt.

Auch hier muss man schon genau sein: *wer* schmuggelt *was* *wohin*? Im versteckten Handel mit G3-

¹⁰ zu den neuen Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Streitkräfte, darunter auch der Marine, und den Innovationen bei dem neuen Fregattentyp F125 s.

http://www.marine.de/portal/a/marine/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLNzKOD_T3BcmB2d5mIfqRcNGglFR9X4_83FR9b_0A_YLciHJHR0VFAG7FLBY!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfMjNfUU45?yw_contentURL=%2F01DB070000000001%2FW26MQA24395INFODE%2Fcontent.jsp

Dort auch weiterführende Links mit den technischen Details zum [Marineforum](#) und zu [Strategie und Technik](#), die sich wie Verkaufsprospekte lesen.

¹¹ „Schmiergelder“- Korruptionsermittlungen gegen Thyssen-Krupp wegen Export von Kriegsschiffen, 05. Juli 2006 http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php?Nr=13949

¹² http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php?Nr=16181

Gewehren über Auslandslicenzen gerade nach Somalia hatte sich die Firma Heckler & Koch, ansässig in Baden-Württemberg, besonders hervor getan (dazu mehr im Buch von Jürgen Grässlin: „Versteck dich wenn sie schießen“).

Aus dem offiziellen „Rüstungsexportbericht 2007“ der Bundesregierung, der am 17. Dezember 2008 vorgelegt wurde¹³, geht hervor, dass die massiven deutschen Kriegswaffenausfuhren auch in eine Reihe von Ländern gehen, die im näheren Umkreis des Einsatzgebietes der Marine-Mission Atalanta liegen oder auch weiter entfernt, aber an der überwachten Seeroute.¹⁴ Dabei dürfte es um mehrerlei gehen: Erstens um die Unterbindung von fremden Rüstungslieferungen v.a. aus dem asiatischen Raum in Krisengebiete in Nah- und Mittelost sowie Afrika. Zweitens um die Sicherung eigener Rüstungslieferungen und militärischer Logistik z.B. der EU oder der NATO in diese Räume.

In einer wichtigen Rede im Bundestag am 17. Dezember 2008 sagte Dr. Norman Paech für die Linke:

[...] Im vergangenen Jahr war die Kanzlerin noch in Somalias Nachbarland Äthiopien. Aber wir haben keine Forderung von ihr gehört, dass sich die Äthiopier aus Somalia zurückziehen und etwas gegen Piraterie und für Somalia tun sollten. Wenn die EU und die Bundesregierung jetzt Militär entsenden wollen, geht es ihnen doch nur um die Sicherung der See- und Handelswege, was im Klartext den Ausbau Ihrer militärischen Präsenz auch in diesem Teil der Weltmeere bedeutet, wie es die USA dort bereits seit langem unternommen haben. Mit „Atalanta“ kann die EU ihre maritimen militärischen Fähigkeiten auch dort demonstrieren und Deutschland die Auslandseinsätze der Bundeswehr ausweiten.

Ein Beitrag dazu, an die Wurzeln der Piraterie zu gehen – das wissen Sie ganz genau –, die Armut der somalischen Bevölkerung zu lindern und die Sicherheit der Küsten wiederherzustellen, ist dies überhaupt nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch die von den internationalen Fangflotten leer gefischten Gewässer vor Somalia – das hat den Fischern, von denen dann viele überhaupt erst Piraten geworden sind, ihre Existenz genommen – erholen sich durch diese Mission nicht.

Durch die jüngste Resolution 1851 des Sicherheitsrates haben die USA auch noch das Mandat erhalten, ihren militärischen Zugriff auf das Festland zu erweitern. Gleichzeitig wird wieder – Herr Stinner, Sie haben es gesagt – al-Qaida ins Spiel gebracht, um den Antiterrorkampf mit dem Kampf gegen die Piraten zu verbinden. Diese Vermischung mit dem Krieg der OEF kennen wir aus Afghanistan. Dazu sagt die Linke: ohne uns.

Der renommierte Völkerrechtler Dr. Norman Paech hat die Abgeordneten im Bundestag damit nochmal darauf hingewiesen, was sie hier mit der Atalanta-Mission beschließen. Daraus kann sich ein neuer Angriffskrieg gegen Somalia ergeben bzw. eine militärische Beteiligung Deutschlands an einem bereits laufenden Luft- und Seekrieg gegen Somalia mit der Option eines schmutzigen Kolonialabenteuers auch zu Lande, also nach Afghanistan ein neuer Frontabschnitt.

¹³ <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/ruistungsexportbericht-2007.property=pdf.bereich=bmwi.sprache=de.rwb=true.pdf>

¹⁴ Deutsche Kriegswaffenausfuhren 2007 (kommerziell und BMVg), geordnet nach Empfängerländern

- im näheren Umkreis des Einsatzgebietes der Marine-Mission Atalanta: Ägypten, Dem. Rep. Kongo, Katar, Kuwait, Pakistan, Saudi-Arabien, Türkei, Vereinigte Arabische Emirate
- weiter entfernt, aber an der überwachten Seeroute liegend: Indien, Indonesien, Japan, Malaysia, Neuseeland, Philippinen, Singapur, Südafrika, Taiwan

Auch die Einzelgenehmigungen für Kriegswaffen im Jahre 2007 enthalten eine ganze Reihe von Ländern, die über die Route um das Horn von Afrika erreicht werden können:

- Katar, Kongo, Republik (f. VN), Korea, Republik, Kuwait, Malaysia, Oman, Pakistan, Philippinen, Saudi Arabien, Singapur, Südafrika, Taiwan, Vereinigte Arabische Emirate, Zentralafrikanische Republik (für VN)

Wir wollen zum Schluss zwei Dinge festhalten. Erstens, welche Bundestagsabgeordneten sehenden Auges für die Atalanta-Mission gestimmt haben, und zweitens, dass es wie es das Beispiel Tschechien zeigt, ohne weiteres auch anders ginge.

Abgestimmt wurde bei der Mission "Atalanta" wie folgt:

Union 209 Ja, 1 Enth.

SPD 194 Ja, 2 Nein, 3 Enth.

FDP 53 Ja

Die Linke 46 Nein

Grüne 35 Ja, 6 Nein, 8 Enth.

Fraktionslose 1 Nein

Unsere örtlichen Abgeordneten Miram Gruß, Heinz Paula, Claudia Roth und Christian Ruck stimmten ausnahmslos *für* einen Marineeinsatz in einem 500 Seemeilengebiet vor Somalia im Rahmen der EU-Mission „Atalanta“.

Das tschechische Parlament hat sich am gleichen Tag, dem 19. Dezember, gegen alle Auslandseinsätze der Streitkräfte des Landes ausgesprochen.¹⁵ Alle im Ausland eingesetzten Soldaten müssen umgehend und ausnahmslos zurückbeordert werden. Es ist schon mehr als pikant, dass Tschechien am 1. Januar 2009 für sechs Monate den EU-Vorsitz übernimmt. Wir freuen uns schon auf weitere Initiativen aus diesem Land.¹⁶

¹⁵ Das tschechische Parlament hat sich am Freitag gegen alle Auslandseinsätze der Streitkräfte des Landes ausgesprochen. Betroffen davon sind die Einsätze in Afghanistan, dem Irak und im Kosovo. Für alle drei Missionen verweigerten die Abgeordneten die Verlängerung des Mandats. Für die Regierung von Ministerpräsident Mirek Topolánek ist die Entscheidung eine bittere Niederlage. Er schäme sich, sagte der Regierungschef. Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Generalleutnant Vlastimil Pícek, sprach von einer „sehr ernstern Situation“. „Das ist ein sehr schlechtes Signal für unsere Partner“, erklärte er. [...] Damit läuft das Mandat der etwa 500 tschechischen Soldaten in Afghanistan zum Jahresende aus. Ministerpräsident Topolánek kündigte jedoch an, er werde von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machen und den Abzug um zwei Monate hinauszögern. Die Tschechen sind mit 415 Soldaten an der Nato-geführten Isaf-Truppe und mit 100 Elitesoldaten an dem von den USA geführten Antiterrorereinsatz „Operation Enduring Freedom“ beteiligt. Auch die 550 Soldaten der Kfor-Mission im Kosovo müssen nun zurückgezogen werden, ebenso die fünf Offiziere, die im Irak für die Ausbildung irakischer Offiziere abgestellt sind. Auch die im nächsten Jahr geplante Beteiligung mit 239 Soldaten an der schnellen Eingreiftruppe der Nato entfällt.

Süddeutsche Zeitung 20.12.2008, *Rückzug aus Afghanistan, Parlament in Tschechien gegen alle Auslandseinsätze* <http://www.sueddeutsche.de/857386/282/2687068/Rueckzug-aus-Afghanistan.html>

¹⁶ Die Wiener Zeitung vom 23. Dezember schreibt: „Der tschechische Regierungschef Mirek Topolánek steht schon seit einigen Monaten innenpolitisch ziemlich unter Druck. Zunächst war nach einer schweren Niederlage bei den Regionalwahlen im Oktober der Verbleib Topoláneks an der Parteispitze unsicher. Zuletzt verweigerte ihm das Prager Parlament am Freitagabend die Gefolgschaft. Das Abgeordnetenhaus lehnte die Regierungspläne für die Auslandseinsätze des tschechischen Heeres 2009 ab. Und da stellen sich kritische Beobachter die Frage, wie ein Mann, der weder seine Partei und noch das Parlament im Griff hat, die EU führen soll?“ <http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3857&Alias=wzo&cob=388614>